

Probleme bleiben ungelöst – Unabhängige Betroffene kritisieren Pläne der EKD im Kontext sexualisierte Gewalt

Sperrfrist: Montag, 11. November 2024, 9:00 Uhr

Knapp 10 Monate sind seit der Vorstellung der ForuM-Studie vergangen. Diese Studie deckte die vielfältigen und schwerwiegenden Probleme der evangelischen Kirche und Diakonie im Umgang mit dem Thema sexualisierter Gewalt auf. Bereits bei der Vorstellung wurde auf die Herbstsynode der EKD verwiesen: Hier soll nun endlich alles gerichtet werden.

Mittlerweile ist bekannt, dass die EKD einen Maßnahmenplan verabschiedet, von dem sie behauptet, dass er alle Empfehlungen der ForuM-Studie aufgreift. Aus Sicht von unabhängigen Betroffenen weist dieser Plan immer noch klaffende Lücken auf.

Zunächst einmal: Wir halten es für wenig wahrscheinlich, dass die Maßnahmen wirklich **vor Ort** ankommen und einen großen Unterschied machen, **wenn sich Betroffene bei den Landeskirchen und Diakonieverbänden melden.**

Außerdem sehen wir ein großes Problem darin, dass es **kein unabhängiges Monitoring** geben wird. Der EKD-Rat soll berichten. Das ist mal wieder ziemlich genau so, wie wenn man VW über den Abgasskandal berichten lässt und VW selbst über die erfolgreiche Bearbeitung der Handlungsschritte entscheidet.

Was aber sind weitere inhaltliche Kritikpunkte?

Es fehlen wichtige Themen, z.B.:

1. Beteiligung unabhängiger, auch kirchenferner Betroffener

Die ForuM-Studie empfiehlt dringend diese zu entwickeln. Der alleinige Fokus auf das „BeFo“ als Allheilmittel ist aus vielen Gründen problematisch. Die Tendenz der EKD, bei sämtlichen Lösungsversuchen auf das „BeFo“ zu verweisen, soll sicher dazu dienen, eine solche Legitimation zu suggerieren. Doch die Betroffenen im BeFo sind ausschließlich durch die EKD ausgesucht und nicht von anderen Betroffenen oder externen Instanzen legitimiert. Ein angekündigter „Gaststatus“ von sechs handverlesenen weiteren Betroffenen setzt nur dieses System fort. Auch künftig ist kein Wahlverfahren vorgesehen, sondern allein die von der Kirche kommerziell angeworbene Prozessbegleitung des BeFo wählt diese nach eigenen Maßstäben aus. Tausende Betroffene bleiben ohne von ihnen gewählte Vertretung auf EKD-Ebene. In den Landeskirchen bzw. Regionen soll es auch keine dauernden Betroffenenvertretungen geben. Die geplanten URAK dienen allein der Aufarbeitung und sind kein Gremium der Betroffenen.

2. Falldokumentation

Durch die mangelnde Kooperation der Landeskirchen konnte die ForuM-Studie das Hell- und Dunkelfeld nur mangelhaft ausleuchten. Im Nachgang der ForuM-Studie wurde bekannt, dass Landeskirchen teilweise falsche Fallzahlen kommuniziert hatten; so musste z.B. die Landeskirche Hannovers die Fallzahlen deutlich nach oben korrigieren.

Unklarheit besteht an vielen Stellen. Betroffene melden sich bei den Fachstellen der Landeskirchen, es gibt für sie aber keine Möglichkeit festzustellen, ob ihr Fall damit auch gezählt ist. Es braucht klare Standards für die Dokumentation von Fällen. Diese muss nachvollziehbar sein, z.B. durch codierte Fallnummern. Bislang weiß keine einzige betroffene Person sicher, ob ihr Fall der EKD

gemeldet wurde und somit in die Gesamtzahl eingeflossen ist. Das lässt viel zu viel Raum, die Zahlen weiterhin nach unten zu korrigieren.

Bei einem weiteren wichtigen Thema scheint sich das „BeFo“ nun allen Versprechungen von Ratspräsidentin Fehrs doch nicht durchgesetzt zu haben, nämlich bei den

3. Anerkennungsleistungen

Dieses Thema ist für Betroffene von hoher Bedeutung. Denn viele Betroffene, gerade aus dem Heimkind-Bereich, sind mit viel zu niedrigen Summen abgespeist worden. Sie sind alt – jetzt wäre die Chance, hier für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Doch wieder wurde das Thema verschoben. Es gibt keinerlei Transparenz über die Pläne, so dass Betroffene nur vermuten können: Es wird ein Zweisockel-System geben, in dem die strafrechtliche Relevanz eine große Rolle spielt und man Folgen belegen muss.

So soll nun also die Organisation, in der die Taten geschehen sind, über die strafrechtliche Relevanz urteilen. Das ist an sich problematisch. Sexualisierte Gewalt in der Kirche beinhaltet aber oft besonders perfide Formen des Machtmissbrauchs z.B. an Jugendlichen, die das Strafrecht so nicht greift und nicht greifen kann. Damit entzieht sich die Kirche der Verantwortung, sich den eigenen Spezifika sexualisierter Gewalt zu stellen.

Und wer stellt die Folgen fest? Wird es um Gutachten gehen? Müssen Betroffene selbst die eigene Situation als möglichst hoffnungslos und schmerzhaft darstellen, ihre eigene Resilienz und Lebensleitung bewusst negieren, um höhere Summen zu erhalten? Und werden Betroffene in Hessen, wo zur Zeit regelmäßig über 100,000 Euro gezahlt werden, in Zukunft weniger erhalten?

Wenn die Betroffenen im „BeFo“ hier einem doch recht faul riechenden Kompromiss zugestimmt haben sollten, ist das mal wieder eine herbe Enttäuschung für die Tausenden anderer Betroffener, deren Stimmen nicht von der EKD gehört werden.

5. Diskreditierung Betroffener außerhalb des BeFo?

In der Rheinischen Post vom 7.11. betont Präses betont, die bei der von *Vertuschung beenden* angemeldeten Demonstration „Eskalationen vermeiden“ wollte. Dem STERN gegenüber betonte sie, sie sähe „kein Bedrohungsszenario“. Wir halten das für ein Framing, das unsere Demonstration, für die wir tatsächlich nur wenige, vielleicht 20 Betroffene erwarten, von vornherein diskreditieren soll, indem überhaupt von so etwas wie Eskalation und Bedrohung gesprochen wird. Denn auch die Verneinung einer Idee schafft ein Bild in den Köpfen der Lesenden (vgl. „Denken Sie jetzt nicht an Krokodile!“)

Wir betonen: *Vertuschung beenden* engagiert sich friedlich und gewaltfrei im Rahmen der demokratischen Rechte und Werte, die von der Präses selbst gerade beschworen wurden. Wir haben bereits versucht, mit der EKD an dieser Stelle zu kooperieren. Dieses Angebot wurde leider abgelehnt.

6. Maßnahmen und Angebote für Betroffene, die nicht Teil des Beteiligungsforums sind

Unseres Wissens nach sind die Angebote auf dieser EKD-Synode für Betroffene, die nicht Teil des „BeFo“ sind, erst in den letzten Wochen geplant worden – möglicherweise, nachdem der EKD bekannt wurde, dass unsere Demonstration geplant war. Uns liegen mehrere Emails an verschiedene Betroffene vor, die ausschließlich von der Möglichkeit des Zuschauens auf der Empore sprechen. Wenn die EKD wirklich Betroffene einbeziehen wollte, hätte sie im Vorfeld ausführlich darüber informiert, z.B. über das Betroffenenetzwerk BeNe. Dort finden sich aber ausschließlich Hinweise von Nutzenden, die nicht zum BeNe-Team gehören. Auch würde es Möglichkeiten der digitalen Beteiligung geben. Die Möglichkeit einer Erstattung der Fahrtkosten wäre kommuniziert worden. Dass mit Julia von Weiler eine sehr renommierte Expertin im Themenfeld auf der Synode anwesend ist, begrüßen wir.

Jakob Feisthauer
Horst E.
Katharina Kracht
Dörte Münch
Henning Stein

P.S.: In dieser Mitteilung haben wir uns auf einige Kernkritikpunkte reduziert. Unsere Forderungen finden Sie auf vertuschung-beenden.de.